Informationen für die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine am 15. August 2006

1. Anzeigeverfahren für den NKF-Haushalt 2006

Entsprechend § 80 Abs. 5 GO ist die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung für 2006 mit ihren Anlagen am 26. Juli 2006 dem Landrat als zuständige Aufsichtsbehörde angezeigt worden. Mit Verfügung vom 28. Juli 2006 hat der Landrat die gesetzlich vorgesehene Monatsfrist unterbrochen. Dies hat zur Folge, dass die Haushaltssatzung bis auf weiteres noch nicht bekanntgemacht und damit rechtskräftig werden kann. Die Stadt Rheine unterliegt also weiterhin den Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung.

Der Landrat hat zum einen darauf hingewiesen, dass die aufsichtsrechtliche Prüfung von NKF-Haushalten die Prüfung der Eröffnungsbilanz mit Anhang und Anlagen, wie z.B. Bewertungsrichtlinien einschließt. Außerdem geht er auf die in der mittelfristigen Ergebnisplanung ausgewiesenen Fehlbedarfe in Höhe von rd. 34,5 Mio € ein, für die nur noch 7,1 Mio € in der Ausgleichsrücklage zur Verfügung stehen und demzufolge die passivierte Allgemeine Rücklage verringern. In diesem Zusammenhang wird auf die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nach § 76 Abs. 1 Ziffer 1 bis 3 GO hingewiesen. Dies geschah vermutlich auf der Grundlage eines inzwischen vorliegenden Erlasses des Innenministeriums vom 09. Juni 2006. Nach diesem Erlass wird die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes auch dann gefordert, wenn die Verringerung der Allgemeinen Rücklage oberhalb der festgelegten Schwellenwerte im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung erfolgt, auch wenn im Haushaltsjahr selbst, für das der Haushalt aufgestellt wird, die Voraussetzungen für ein Haushaltssicherungskonzept (noch) nicht vorliegen.

Aus Sicht der Verwaltung gibt es keine tragfähigen Gründe, die es rechtfertigen, die gesetzliche Anzeigefrist nach § 80 Abs. 5 GO unbefristet zu verlängern.

Denn es besteht zum einen kein originäres Prüfungsrecht des Landrates für die Eröffnungsbilanz der Stadt Rheine. Die Stadt Rheine verfügt im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen des Kreises nach § 102 Abs. 1 GO über eine örtliche Rechnungsprüfung. Nach § 92 Abs. 5 GO ist die Eröffnungsbilanz vom Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Rheine zu prüfen, der sich dazu der örtlichen Rechnungsprüfung bedienen muss. Ein weiteres Prüfungsrecht für die Eröffnungsbilanz besteht nach § 92 Abs. 6 GO für die Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfung.

Die vom Innenministerium im o.a. Erlass vertretene Auffassung zur Notwendigkeit der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bei Überschreitung der maßgebenden Schwellenwerte im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung wird vom Städte- und Gemeindebund NRW nicht geteilt und ist nach dessen Auffassung mit dem Wortlaut der Gemeindeordnung nicht in

Übereinstimmung zu bringen. Aus diesem Grunde hat die Verwaltung sich bereits mit dem Städte- und Gemeindebund NRW in Verbindung gesetzt und um entsprechende Unterstützung gebeten.

Unabhängig davon wird die Verwaltung zunächst das Gespräch mit der Kommunalaufsicht mit dem Ziel einer schnellen einvernehmlichen Lösung suchen. Sollte es dazu in vertretbarem Zeitrahmen nicht kommen, sollten wir mögliche rechtliche Schritte nicht ausschließen.

Lassen Sie mich abschließend noch eine persönliche Anmerkung machen: Sie alle können inzwischen ermessen, mit welchem Aufwand und welchen Schwierigkeiten die Umstellung des kommunalen Rechnungswesens verbunden ist. Das wird auch daran deutlich, dass der Kreis Steinfurt – wie viele andere Kommunen auch - seinen Umstellungszeitpunkt um ein Jahr verschoben hat. Ich hatte erwartet, dass wir in diesem Prozess, insbesondere auch in unserer „Pilotfunktion“ auf eine weitgehende Unterstützung der Kommunalaufsicht setzen können. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Was bleibt ist Enttäuschung, nicht Resignation!

2. Ausführung des Haushalts 2006

Der Haushalt 2006 wird nach derzeitigem Erkenntnisstand im wesentlichen planmäßig ausgeführt.

Das betrifft auch die Personalaufwendungen, die bekanntlich im Beratungsverfahren um 100 T€ auf rd. 33,8 Mio € reduziert wurden. Hier schlägt maßgeblich auch die seinerzeit nicht berücksichtigte, aber inzwischen feststehende Reduzierung des Weihnachtsgeldes für die Beamtinnen und Beamte nieder. Nach wie vor muss hier aber ein Vorbehalt bezüglich der erst nach Jahresabschluss vorliegenden Erkenntnisse zu den Pensions- und Beihilferückstellungen gemacht werden.

Bei den Steuereinnahmen gibt es inzwischen wesentliche neue Erkenntnisse. Dies betrifft zum einen den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der mit rd. 16,8 Mio € veranschlagt ist. Die inzwischen eingegangene Abschlagszahlung für das II. Quartal hat eine nochmalige deutliche Verbesserung gebracht, so dass derzeit rd. 350 T€ höhere Erträge zu verzeichnen sind. Zum anderen entwickelt sich das Aufkommen der Gewerbesteuer auch weiterhin sehr positiv. Augenblicklich sind gegenüber dem Ansatz von 24 Mio € rd. 1,1 Mio € höhere Erträge zu verzeichnen.